

## DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16388  
Donnerstag, 06. Oktober 2022

Schmiedbauer/Titschenbacher: Verbesserungen für Biomasse in Erneuerbaren-Richtlinie . . . . .	1
COPA-COGECA: Lebensmittelversorgung trotz hoher Energiepreise sichern . . . . .	2
Heimischer Erzeugermilchpreis weiter steigend - mehr Anlieferung als im Vorjahr . . . . .	2
Strasser zu Grünem Bericht: Krisen überschatten Einkommenszuwachs 2021 . . . . .	3
Freistetter zu Landarbeiterkammer-Bundeschef wiedergewählt . . . . .	4
Welthundetag 10. Oktober: Weidgerechte Jagd verlangt fernen Vierbeiner . . . . .	5

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Schmiedtbauer/Titschenbacher: Verbesserungen für Biomasse in Erneuerbaren-Richtlinie

### Zentrale Rolle für Energieministerin Leonore Gewessler in Verhandlungen

Straßburg/Wien, 6. Oktober 2022 (aiz.info). - Zum Start der Verhandlungen zur Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zwischen dem EU-Parlament und den Mitgliedstaaten am 6. Oktober 2022 fordern Europaabgeordnete **Simone Schmiedtbauer** und der Präsident des Österreichischen Biomasse-Verbandes, **Franz Titschenbacher**, Verbesserungen bei der Nutzung von Biomasse: "Der Ausbau von Erneuerbaren ist nicht nur aus Klima- und Umweltschutzgründen das Gebot der Stunde, sondern auch um unsere Energieunabhängigkeit und Energieversorgungssicherheit zu verbessern. Österreich hat als eines der walddreichsten Länder Europas enormes Potenzial beim Ausbau von Biomasse. Durch die Überarbeitung der europäischen Richtlinie drohen jetzt aber neue Hürden für die Biomassenutzung." Energieministerin Leonore Gewessler komme in diesen Verhandlungen eine zentrale Rolle zu.

Die befürchteten Verschlechterungen wären klima- und umweltpolitisch ein fatales Signal, das noch dazu zur völlig falschen Zeit komme und die Versorgungssicherheit der Österreicherinnen und Österreicher bedrohe, die mit dem nachhaltigen und leistbaren Brennstoff Holz heizen, so Schmiedtbauer und Titschenbacher.

### Schmiedtbauer: Hürden für Biomassenutzung aus dem Weg räumen

"Biomasse aus dem Wald ist eine natürlich nachwachsende Energiequelle und die nachhaltige Waldbewirtschaftung ist eine unverzichtbare Säule des Ausbaus der Erneuerbaren und zur Erreichung der Klimaziele. Im Europaparlament konnten wir durchsetzen, dass Biomasse auf dem durchschnittlichen Niveau von 2017-2022 auch zukünftig als erneuerbare Energie anrechenbar sein wird. Damit ist das Ziel aber noch lange nicht erreicht, denn Hürden für die zukünftige verstärkte Biomassenutzung müssen aus dem Weg geräumt werden. Den Ausbau unserer größten Quelle an Erneuerbaren jetzt zu beschränken, wäre absurd und lässt unsere Ziele für mehr Energieunabhängigkeit, für leistbare Alternativen zu russischem Öl und Gas und für ein grüneres, nachhaltigeres Europa in die Ferne rücken", warnt Schmiedtbauer.

### Appell an Gewessler: Für bessere Bedingungen der Biomasse einsetzen

"Energieministerin Leonore Gewessler kommt in den Verhandlungen eine zentrale Rolle zu, um noch deutliche Verbesserungen zu verankern. Misslingt das, können die heimischen Gemeinden, Städte und Bundesländer ihre Erneuerbaren-Energieziele, die erneut erhöht werden sollen, unmöglich erreichen. Wenn wir hier zusammen an einem Strang ziehen, sind wir zuversichtlich, dass wir den in Österreich erfolgreich und gemeinsam eingeschlagenen Weg zu mehr nachhaltiger Bioenergie fortführen können", sagt Titschenbacher in Richtung Energieministerin, die Österreich in den anstehenden Verhandlungen vertritt. "Wir appellieren an die Bundesministerin im Sinne Österreichs, deutliche Verbesserungen für die Biomassenutzung zu erreichen", erklären Schmiedtbauer und Titschenbacher. (Schluss)

## **COPA-COGECA: Lebensmittelversorgung trotz hoher Energiepreise sichern**

Unterstützende Maßnahmen für den Agrar-Lebensmittelsektor erforderlich

Brüssel, 6. Oktober 2022 (aiz.info). - Die EU-Energieministerinnen und -minister haben sich bei ihrem jüngsten Treffen über einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Bekämpfung der EU-weiten Krise der hohen Energiepreise geeinigt. "Diese Entscheidung ist ein wichtiger Durchbruch, der von der europäischen Agrargemeinschaft dringend erwartet worden war", erklärte der Dachverband der EU-Landwirte und Genossenschaft, COPA-COGECA.

So sind Maßnahmen geplant, die eine Versorgung der Konsumenten mit sicheren, qualitativ hochwertigen und auf nachhaltige Art und Weise erzeugten Lebensmitteln gewährleisten. Denn europäische Landwirte und Agrargenossenschaften könnten ihre Tätigkeiten nur dann fortsetzen, wenn sie zu erschwinglichen Preisen produzieren können. Eine Senkung der Inflation, ein erleichterter Zugang des Sektors zu Energie und die Reduzierung der Volatilität bei den Energiepreisen seien erste Schritte. Ferner müsse innerhalb der EU die Energieversorgung diversifiziert werden, wobei Bioenergie bzw. Biokraftstoffe aus Ackerkulturen eine zentrale Rolle zukommen soll. Außerdem sollten die übermäßigen Gewinne von Energieunternehmen im Bereich fossile Brennstoffe auch genutzt werden, um den Landwirtschaftssektor zu unterstützen.

COPA-Präsidentin **Christiane Lambert** betonte: "Die Mitgliedstaaten sollten unsere europäische Agrar-Lebensmittelproduktion in Bezug auf die Gasversorgung und im Rahmen der vereinbarten Maßnahmen über die Reduzierung des Stromverbrauchs als essenziell einstufen. Unser Sektor, welcher unsere Bürger tagtäglich mit Nahrung versorgt, sollte von den Anforderungen zur Reduzierung des Energieverbrauchs in Zeiten hoher Nachfrage ausgenommen werden, da eine solche Einschränkung gravierende Störungen des Marktes und der Versorgungskette nach sich ziehen und viele unserer Landwirte in ernsthafte Schwierigkeiten bringen könnten."

COGECA-Präsident **Ramon Armengol** betonte außerdem die Bedeutung des Erhalts der Liquidität des Sektors: "Gegenwärtig sind viele unserer Agrargenossenschaften aufgrund der hohen Energiepreise und Betriebsmittelkosten mit Liquiditätsproblemen konfrontiert. Es ist von zentraler Bedeutung, ihnen dabei helfen, ihre Tätigkeit unter Erhalt des bisherigen Produktivitätsniveaus fortsetzen zu können. Was wir brauchen ist eine Überarbeitung des Rahmenwerks für befristete staatliche Beihilfen in Krisenzeiten, damit es die Agrar-Lebensmittelkette zweckmäßiger unterstützen kann, sowie eine Erleichterung des Zugangs zu Krediten." (Schluss)

## **Heimischer Erzeugermilchpreis weiter steigend - mehr Anlieferung als im Vorjahr**

Steigenden Preisen steht enorme Kostenerhöhung gegenüber - Auch EU-Preise höher

Wien, 6. Oktober 2022 (aiz.info). - Der Erzeugermilchpreis setzte jüngst seinen Aufwärtstrend fort, berichtet die AMA. Die heimischen Milchlieferanten erhielten von den Molkereien und Sennereien im Schnitt im August 52,37 ct/kg für GVO-freie Rohmilch im Durchschnitt aller Qualitäten und

Inhaltsstoffe. Das ist zum Juli ein Plus von 2,46 ct/kg. Das Niveau vom August 2021 wurde um 13,21 ct/kg oder 33,73% übertroffen und jenes vom August 2020 (37,26 ct/kg) um 15,11 ct/kg. Für September 2022 schätzt die AMA einen weiteren Anstieg auf 54,40 ct/kg. Die Anlieferung GVO-freier Rohmilch von 256.434 t überstieg die des Vergleichszeitraums 2021 um 3,06% (248.815 t).

Die Aussichten für die Preisentwicklung in naher Zukunft seien positiv, wobei aber die enorm steigenden Kosten unter anderem für Energie, Treibstoff und Futtermittel keinesfalls außer Acht gelassen werden dürften. Von der gesamten übernommenen Milchmenge im August 2022 waren 23.827 t Heumilch, 29.167 t Biomilch, 16.706 t Bioheumilch und 186.734 t konventionelle Milch. GVO-frei steht für Gentechnik-freie Fütterung der Milchkühe.

Auch in der EU stiegen Erzeugermilchpreise zuletzt weiter

Der durchschnittliche EU-Erzeugermilchpreis (auf Basis des natürlichen Fett- und Eiweißgehaltes) im Juli betrug 51,03 ct/kg und lag um 1,63 ct/kg über jenem aus dem Vormonat. Der Anstieg der Auszahlungspreise für Rohmilch setzt sich EU-weit kontinuierlich fort, jedoch steigen auch in allen anderen Mitgliedsstaaten die Betriebskosten weiterhin enorm. Den durchschnittlichen EU-Erzeugermilchpreis für August 2022 schätzt die EU-Kommission auf 51,89 ct/kg. (Schluss)

## **Strasser zu Grünem Bericht: Krisen überschatten Einkommenszuwachs 2021**

Trotz erstem Einkommensplus seit vier Jahren mehrjährige Stagnation von Agrareinkommen

Wien, 6. Oktober 2022 (aiz.info). - Der Mitte September vorgelegte Grüne Bericht 2022 wurde am Donnerstag im Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft des Nationalrates behandelt. Die Auswertung der Buchführungsdaten von 1.941 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zeigt im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr ein Einkommensplus von 15%. Ausschuss-Obmann **Georg Strasser** sagte dazu, die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern zeigen im Vorjahr in bestimmten Sektoren zwar eine positive Entwicklung mit einem durchschnittlichen Einkommen je Betrieb von 32.150 Euro. "Doch die Statistik zeigt, dass die Einkommen in der Landwirtschaft schon seit mehr als einem Jahrzehnt stagnieren. Während andere Berufsgruppen eine Steigerung verzeichnen, erreichen wir derzeit noch nicht mal das Niveau der Einkommen von 2012."

Grund für die Einkommenszuwächse 2021 seien unter anderem Ertragsanstiege durch höheren Holzeinschlag, gestiegene Milchpreise und höhere Erzeugerpreise im Getreidebau. Zudem zeigten auch die COVID-19-Zahlungen Wirkung.

Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg in der Ukraine, die Preisexplosion bei Betriebsmitteln und der Klimawandel: Multiple Krisen brächten die Höfe unter Druck. Das Jahr 2022 sei insbesondere aufgrund der Teuerung bei Energie, Futter- und Düngemitteln noch mehr herausfordernd. "Deshalb sind das 110 Millionen Euro-Versorgungssicherungspaket oder der Stromkostenzuschuss für die Landwirtschaft dringend notwendige Maßnahmen, um unsere Bauernfamilien zu entlasten", so Strasser, der sich bei Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig für seinen Einsatz bedankt.

"Um die Versorgung mit Lebensmitteln weiterhin sicherzustellen, müssen wir die explodierenden Kosten in der Landwirtschaft abfedern. Ohne Unterstützung würden viele Bäuerinnen und Bauern ihre Hofstore für immer schließen und Österreich würde einer Importabhängigkeit entgegenschlittern. Wir müssen jetzt den Anteil der Landwirtschaft entlang der Wertschöpfungskette steigern, bewährte Qualitätsprogramme ausbauen und unseren Bauernfamilien Planungssicherheit geben. Am Ende des Tages müssen unsere Bäuerinnen und Bauern von ihren Einkommen auch leben können", fordert Strasser. (Schluss)

## Freistetter zu Landarbeiterkammer-Bundeschef wiedergewählt

### Gesamter Vorstand bestätigt - Meilenstein Landarbeitsgesetz 2021

Wien, 6. Oktober 2022 (aiz.info). - Die Vollversammlung des Österreichischen Landarbeiterkammertages (ÖLAKT) wählte in Innsbruck den seit 2016 amtierenden Vorsitzenden **Andreas Freistetter** (Präsident der Landarbeiterkammer Niederösterreich) sowie seine Stellvertreter **Eduard Zentner** (Präsident der LAK Steiermark), **Andreas Gleirscher** (Präsident der LAK Tirol) und **Alexander Rachoï** (Vizepräsident der LAK Kärnten) für eine weitere Amtsperiode wieder. "Ich freue mich über das Votum der Delegierten und versichere, dass wir die mehr als 100.000 Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft weiterhin erfolgreich vertreten werden", so Freistetter.

Mit dem Landarbeitsgesetz 2021 sei dem ÖLAKT ein Meilenstein für die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft gelungen. Damit wurden die verschiedenen Landarbeitsordnungen der Länder in ein Bundesgesetz zusammengeführt. Nun sollen mit dem Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetz (LF-BAG) auch die verschiedenen Ausbildungsordnungen der Länder zusammengeführt werden.

### Verbesserung der Arbeitsbedingungen gegen Arbeitskräftemangel

2022 war bisher neben der Teuerung vor allem vom Mangel an Arbeitskräften geprägt. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Land- und Forstwirtschaft bewiesen in der Corona-Krise, dass sie die Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern versorgen und eindeutig als systemrelevante Arbeitskräfte einzustufen sind. Der ÖLAKT-Vorstand steht mit den zuständigen Stakeholdern in Verhandlungen, um den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen. "Wir benötigen große Arbeitgeberzusammenschlüsse, sodass Betriebe sich über Bezirksgrenzen hinweg verbinden können, um Arbeitskräfte sinnvoll beschäftigen zu können und die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern", so Gleirscher. Dies sieht auch Zentner so: Durch große Arbeitgeberzusammenschlüsse könne mehr Menschen eine Ganzjahresbeschäftigung angeboten und dadurch die Attraktivität der Arbeitsplätze deutlich erhöht werden."

### Land- und forstwirtschaftliche Energie gegen Energiekrise

Die Kosten für Energie stiegen im dritten Quartal 2022 in empfindliche Höhen und die Abhängigkeit von ausländischer Energie werde immer deutlicher. Der ÖLAKT strebt daher eine Erhöhung der Grenze von vier Megawatt für land- und forstwirtschaftliche Energieerzeugungsanlagen aus Biomasse an. Rachoï: "Die Teuerung hat auch viele unserer Mitglieder erheblich getroffen. Wir brauchen die Erhöhung der Megawatt-Grenze, um nachhaltig und regional Energie in Österreich erzeugen zu können", die leistbar sei.

Der ÖLAKT begrüßt weiters die Initiative des EU-Parlaments für eine Sonderbesteuerung außerordentlicher Gewinne von Energieunternehmen und fordert eine Entkoppelung der Marktpreisfindung von Strom und Gas. (Schluss)

## **Welthundetag 10. Oktober: Weidgerechte Jagd verlangt fermem Vierbeiner**

Jagdhunde erfüllen jagdlichen und gesellschaftlichen Auftrag

Wien, 6. Oktober 2022 (aiz.info). - Anlässlich des Welthundetags am 10. Oktober macht der NÖ Jagdverband auf die zahlreichen Leistungen der Jagdhunde aufmerksam. In Niederösterreichs Revieren sind insgesamt 1.537 ausgebildete Jagdhunde als Revierhunde gemeldet. Sie sind treue Begleiter der Jägerinnen und Jäger bei Nachsuchen sowie Gesellschaftsjagden und leisten somit einen wichtigen Beitrag zu einer weidgerechten Jagd, betont der NÖ Jagdverband in einer Aussendung.

„Jagdhunde erfüllen nicht nur jagdliche Zwecke, sondern tragen auch zum Tierschutz bei, indem sie bei Wildunfällen bei der Nachsuche eingesetzt werden. Verletzte Wildtiere können so schneller versorgt werden, was unnötiges Leid verhindert. Damit erfüllen Jagdhunde einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag“, so NÖ Landesjägermeister **Josef Pröll**. Bei Nachsuchen werden insbesondere eigens ausgebildete und beim NÖ Jagdverband gelistete Bereichshunde eingesetzt. Sie haben allein im Jahr 2021 insgesamt 235 Nachsuchen durchgeführt, von denen über 90% erfolgreich waren. Jagdhunde unterstützen aber auch bei Gesellschaftsjagden beim Vorstehen, Aufstöbern und Apportieren. „Das erfordert eine mehrjährige Ausbildung vom Welpenalter bis zum Jagdhund, bei der der Vierbeiner Können und Geschick unter Beweis stellen muss“, so Pröll.

Um die Hundeführer und Vierbeiner bei ihrer Arbeit zu unterstützen und deren Sicherheit zu gewährleisten, hat der NÖ Jagdverband Ende April beim Jagdhundegipfel mit Experten Rahmenbedingungen diskutiert und ein umfassendes Hundepaket vorgestellt. Dieses beinhaltet eine neue Jagdhundeunfallversicherung, eine Hundehaftpflichtversicherung sowie Subventionen für Jagdhunde, Jagdhundeprüfungen und Schutzwesten. Speziell für Bereichshundeführer gibt es Entschädigungen für Nachsuchen, eine eigene Unfallversicherung sowie eine Förderung für Ortungsgeräte. (Schluss)